

Land- und Ernährung Städte Österr.

Das liegt am Mangel an Futtermitteln. Die Futtermittel in den Mühlen können nicht weggeführt werden. Die Kleie bleibt dort liegen. Die Mühlen können den Anforderungen der Bevölkerung auf Vermahlung von Mehl nicht nachkommen, weil, wie ich selbst in drei großen Mühlen konstatierte, nicht nur die Korridore und Scheunen, sondern auch die Wohnzimmer voll Kleie liegen, die nicht weggeführt werden kann, weil die Futtermittel-Zentrale versagt. Was die Höchstpreise betrifft, so wurden sie bereits von berufener Seite bekräftigt. Ich bin mit dem Prinzip der Höchstpreise in dieser Kriegszeit einverstanden. Nach dem Grundsatz, daß die Kriegszeit keine Konjunktur sein darf. Daß kann aber nur verhütet werden, wenn die Staatsgewalt Höchstpreise erläßt. Nur müssen sie für alle Artikel erlassen werden, nicht nur für die Endprodukte, sondern auch für die Zwischen- und Urprodukte, die im Inland erzeugt werden. Die Regierung muß aber auch von dem Requisitionsrecht energisch Gebrauch machen.

Ich kenne Industrieartikel, die im Frieden 4 bis 5 K gekostet haben, heute aber mit 68, 90 und 100 K bezahlt werden. Davon weiß die Öffentlichkeit nichts. Es werden Verdienste eingestrichen, die in das Maßlose gehen, was aber dazu beiträgt, daß Nahrungsmittel und die notwendigen Konsumartikel außerordentlich verteuert werden. Es ist notwendig, daß Höchstpreise nicht dem Kleinhändler, sondern, wie schon wiederholt betont worden ist, dem Zwischenhändler vorgeschrieben werden. Denn was fängt der kleine Kaufmann an, wenn ihm Höchstpreise vorgeschrieben werden, er aber schon dem Zwischenhändler Höchstpreise bezahlen muß.

Es müssen auch, wie schon Seine Exzellenz erwähnt hat, einheitliche Höchstpreise für das Land, entsprechend den Verhältnissen der einzelnen Bezirke und Gruppen, festgesetzt werden. Es ist bei uns in Nordmähren vorgekommen, daß man in den Städten Höchstpreise festgesetzt hat, die Marktpreise aber höher waren; es sind daher wichtige Produkte abgestulzt und wir sind dadurch in Verlegenheit geraten.

Nun komme ich zu den Kartoffeln. Ich höre von Ihnen, daß von einer Kartoffelnot gesprochen wird. Ich kann Ihnen sagen, daß bei uns in Nordmähren von einer Kartoffelnot Gott sei Dank keine Rede sein kann, aber die Bevölkerung bekommt trotzdem keine Kartoffel. Warum nicht? Infolge des ungeschickten Staffelsatzes, den man bezüglich der Höchstpreise erlassen hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Magistrats-Direktor Grüner (Troppau) führt aus:

Die bisherigen Erörterungen sind eine Kette von Beschwerden und Klagen über die mangelnden Approvisionierungseinrichtungen des Staates. Sie sind auch ein Beweis, daß die Sache mit den Beschlüssen des Städtebundes von 24. September nicht abgetan sein kann, sondern daß der Städtebund noch weiter arbeiten muß, um den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Es bedürfen da die einzelnen Gemeinwesen unbedingt einer Unterstützung und Förderung von einer einheitlichen Stelle aus. Ich glaube, daß der Städtebund vor allem dazu gegründet und berufen ist, diese einheitliche Stelle zu schaffen. Die Bevölkerung rechnet mit Bestimmtheit und Sehnsucht darauf, daß der Städtebund in Approvisionierungsfragen etwas Positives schafft. Es handelt sich daher darum, eine bestimmte Organisation innerhalb des Städtebundes zu errichten.

Es ist allerdings schwer, eine solche Organisation zu schaffen, aber ich glaube, die Notwendigkeit wird von allen Seiten anerkannt. Ich denke mir daher, daß eine solche einheitliche Approvisionierungsstelle oder ich will lieber sagen ein Sonder-Ausschuß des Städtebundes zur Unterstützung der Approvisionierungs-Angelegenheiten der einzelnen Städte vom gesamten Ausschusse, beziehungsweise von der Geschäftsleitung eingesetzt wird. Dieser Sonder-Ausschuß hätte ein ungemein weites Feld der Tätigkeit; er hätte vor allem einmal den einzelnen Städten Ratschläge zu erteilen. Es wird eine Unzahl von Anfragen einlaufen, wie man in diesen und jenen Fällen vorgehen soll, denn ich erinnere daran, daß nicht bloß die Mehl- und Getreidefrage so trostlos aussieht, obwohl es bei uns in Schlefien speziell in dieser Hinsicht infolge der Arbeit der Zweigstelle der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nicht so schlecht aussieht, sondern daß es sich auch um die Regelung der Fleisch-, Milch-, Butter- und Fettfrage handelt. Alle diese Waren sind ungemein knapp geworden und jede Stadt dürfte zu kämpfen haben, um sich mit diesen Artikeln im ausreichenden Maße zu versorgen.

Ich stelle mir vor, daß dieser Sonder-Ausschuß durch Heranziehung von Fachleuten eine Beratungsstelle für die Städte bildet. Die Reichshauptstadt braucht so viele Waren, daß es sich gar nicht so genau abgrenzen läßt, wieviel sie in jedem Artikel braucht und wieviel Überschuss an einer Ware vorhanden ist, welcher anderen Städte zugute kommen könnte.

Ich habe da bestimmte Waren im Auge, welche sich für Wien leicht beschaffen lassen und auch von hier leicht abgegeben werden könnten, wenn sich dieser Sonder-Ausschuß ständig mit der Gemeinde Wien in Verbindung setzt. Diese Vorräte würden in einer großen Zahl Städte Absatz finden, es würden ständig Wünsche einlaufen und es könnte vielleicht doch auf nicht schwierige Weise so für die Eindeckung gesorgt werden. Dieser Sonder-Ausschuß würde auch berufen sein, ständig bei der Regierung, beziehungsweise der Zentralstelle darauf zu dringen, daß die notwendigen Approvisionierungsvorkehrungen für das ganze Reich einheitlich getroffen werden.

Der Ausschuss würde die Aufgabe haben, jetzt schon Vorkehrungen zu treffen, um die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn zu beeinflussen. Ich erinnere Sie, daß auf dem Städtetag der Statutarstädte eine Zentralstelle in Aussicht genommen war, welche die Aufgabe haben sollte, dem agrarischen Einfluß ein Gegengewicht zu bieten. Jetzt, wo die Beratungen über den Ausgleich mit Ungarn schon im Zuge sind, ist es unbedingt nötig, daß die österreichischen und besonders die deutschen Städte allen Einfluß aufbieten, um ihre Interessen gegenüber den Agrariern energisch zu wahren. Dazu glaube ich, wäre vor allem dieser Sonder-Ausschuß berufen.

Es wären ferner Frachterleichterungen und Einfuhrmöglichkeiten zu schaffen, um die ganze Approvisionierung der Städte einheitlich durchzuführen. Ich gebe zu, daß es ungemein schwer ist, etwas derartiges einzurichten. Der Deutsche Städtebund ist aber vor allem zu dem Zwecke gegründet, um diese brennenden und dringenden Fragen möglichst günstig zu lösen. Ich stelle daher den Antrag: Der Gesamt-Ausschuß möge die Geschäftsleitung beauftragen, einen Sonder-Ausschuß unter Heranziehung von Fachleuten und sonst geeigneten Persönlichkeiten einzusetzen mit der Aufgabe, die Städteverpflegung nach Tunlichkeit und